

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

41. Woche für die Zeit vom 5. bis 11. Oktober 1895.

Posen, 14. Oktober 1895.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 229 des Dziennik Poznański
vom 5. Oktober 1895:

Die Stellung der Polen.

Zu unseren gestrigen Bemerkungen in Betreff der Ernennung des Grafen Badeni zum österreichischen Minister-Präsidenten und der günstigen Stellung unserer Landsleute in Galizien und in Oesterreich sagt das Posener Tageblatt, das Organ der H. R. L.-Bruderschaft, in heuchlerischer Weise Folgendes: „Preußen-Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind incommensurable Staaten. In Preußen steht übrigens den Polen sowohl in der Armee, als auch bei der Verwaltung der Weg zu den höchsten Würden unter der Bedingung offen, daß sie ohne jeden Vorbehalt sich auf den Boden der wirklichen Verhältnisse stellen. Den Beweis dafür liefert der deutsche Botschafter in Petersburg.“

Das bedeutet, gebet Eure polnische Nationalität auf, obwohl selbst preussische Könige wie Friedrich Wilhelm III. und IV. dieselbe achteten und sie uns achten ließen, gebet Eure Muttersprache auf, welche die früheren Könige von Preußen zu pflegen versprochen, mit einem Worte werdet rein Deutsche wie Fürst Radolin, welcher sogar seinen historischen Namen änderte, und dann werden Gnadenbeweise wie aus einem Füllhorn in Gestalt von Generalsepaulettes und hohen Gehältern der höchsten Staatsbeamten Euch zu Theil werden. Das nennt sich bei solchen Blättern wie das Posener Tageblatt politische „Moral.“ Wir haben hundertmal bereits unsere Stellung nach dieser Richtung hin klargelegt und gesagt, daß wir uns als Bürger des preussischen Staates bekennen und gewissenhaft die Pflichten erfüllen, welche dies Verhältniß uns auferlegt, daß wir aber als Entgelt dafür völlige Gleichberechtigung mit den Deutschen fordern. Diese Gleichberechtigung erblicken wir nirgends. Ungeachtet der gewissenhaften Pflichterfüllung gegenüber dem Staate werden wir wie Parias behandelt. Nicht allein, daß uns die Aemter nicht zugänglich sind, sogar auf wirtschaftlichem Gebiete streben unsere „Bussenfreunde“, uns zu vernichten; in dieser Beziehung hat man einen formellen Boykott gegen uns organisiert, um uns auf die Stufe des Proletariats herabzusetzen. Unserer Sprache hat man in der Schule, sowie bei allen Behörden und Gerichten einen erbitterten Kampf angekündigt. So sieht es mit unserer Gleichberechtigung aus, welche uns feierlichst verbürgt wurde. Wir können dem Staate über die gewissenhafte Erfüllung der Unterthanenpflichten hinaus nichts weiter bieten. Die Polen in Oesterreich geben dem Staate ebenfalls

nicht mehr, und dennoch, welcher Unterschied in der Behandlung dort und hier! Dort wird von den Polen nicht gefordert, daß sie sich ihrer Nationalität entäußern, und dennoch werden ihnen in Galizien und in Oesterreich hervorragende, ja höchste Stellungen anvertraut. Und Oesterreich fährt gut dabei. Mögen die preussische Regierung und deren Rathgeber von der Presse von der österreichischen Regierung lernen, wie man durch Uebung von Gerechtigkeit die Zuneigung einer Nation gewinnt.

Aus Nr. 231 des Dziennik Poznański
vom 8. Oktober 1895:

„Oesterreich, Preußen und die Polen.“

So oft die Polen, führt das genannte Blatt aus, einen Vergleich zögen zwischen dem Verhalten der Regierung, der Politiker und der Presse Oesterreichs den Polen gegenüber und demjenigen derselben Faktoren Deutschlands, so oft der Nachweis erbracht werde, wie die von Oesterreich in der Behandlung der polnischen Frage befolgte Methode weit gerechter und für das Interesse des Staatsganzen förderlicher sei, als die Art und Weise, wie Preußen sich zu dieser Frage stelle, werde von der deutschen Presse der Einwurf gemacht, dieser Vergleich hinfie, da 1. die Verhältnisse der beiden Staaten grundsätzlich verschiedene seien und 2. den Polen kein Unrecht geschehe, da ihnen der Zugang zu allen Civil- und militärischen Stellungen offen stehe. Leider würden diese Behauptungen nicht in gutem Glauben aufgestellt. Wie in dem gesamten politischen Regierungssystem, lasse man bei solchen Einwänden den äußeren Schein für baare Münze gelten und verberge man sich hinter theoretische Gemeinplätze, da die rauhe Wirklichkeit, basiert auf ganz anderen Voraussetzungen, auch durchaus entgegengesetzte Resultate aufweise. Zugegeben werde, daß die staatliche Organisation der beiden genannten Länder innerlich wie äußerlich grundverschieden sei, — gebe es doch auf der ganzen Welt nicht zwei völlig konforme Staatsweisen; das hindere jedoch keinen Staat, an dem unantastbaren, unzweideutigen und gehaltvollen Satz des Kirchenvaters Augustinus festzuhalten: „Justitia est fundamentum regnorum“; andernfalls bewahrheite sich ein zweites Wort jenes Denkers: „Remota justitia, quid sunt regna, nisi magna latrocinia?“ Setze man an die Stelle dieser beiden Wahrheiten das Prinzip der Staatsraison und des Rechts des Stärkeren, so erschütterte man damit doch die Richtigkeit derselben nicht. Auf sie stütze sich die polnische Presse bei ihren

oben gekennzeichneten Vergleichen, und wenn dabei Preußen-Deutschland schlecht wegkomme, so sei dies eben nicht der Polen Schuld. — Oesterreich sowohl als Preußen besäßen in Folge geschichtlicher Begebenheiten, deren Rechtskraft Stoff zu vielerlei Erwägungen biete, Länder, in welchen stammesverschiedene Völkerschaften seit Jahrhunderten ansässig seien. Abgesehen von allen rechtlich-politischen Zusicherungen, welche denselben durch internationale Abmachungen gewährleistet worden seien, könne doch Niemand behaupten, daß die bloße Thatsache der Besitzergreifung mehr geändert habe, als einzig die Verhältnisse der politischen Zugehörigkeit. So seien die Polen russische, österreichische und preussische Staatsbürger geworden mit der Verpflichtung, den Obliegenheiten nachzukommen, die ihnen ihr neues Unterthanenverhältniß eben auferlege; doch hätten sie dadurch nichts an ihrem nationalen Wesen und dessen Eigenart eingebüßt, denn diese seien ein Ergebnis innerer geschichtlicher Entwicklung, welches sich nicht ändern lasse und dessen sich die Polen fogar nicht entäußern könnten. Seien demnach jene Regierungen berechtigt zu fordern, daß die Polen die historische Thatsache des Uebergehens in einen anderen politischen Organismus anerkennt und das allgemeine Beste dieses Organismus im Auge behielten, so dürften sie ohne Zweifel auch ihrerseits verlangen, daß die Regierungen und die neuen Mitbürger die weit tiefer gegründete, geschichtliche Thatsache der Sonderstellung der Polen mit Bezug auf Stammes- und nationale Zugehörigkeit zugeständen. Und gerade in diesem Punkte biete sich unaufhörlich Gelegenheit, Vergleiche zwischen dem Verhalten der preussischen und österreichischen Regierung gegenüber den Polen aufzustellen, Vergleiche, die augenscheinlich zu Ungunsten der preussischen Polen ausfielen. — Die Namen Metternich, Stadion, Bach, Wiskra u. a. erinnerten zwar daran, daß es auch in Oesterreich Zeiten gegeben habe, wo die Polen, die Czechen und andere slavische Stämme auf Grund politischer Anschauungen der damaligen Zeit verfolgt worden seien. Es unterliege nun keinem Zweifel, daß die Umkehr von diesem Verfolgungssystem nicht allein die innere Kraft Oesterreichs in Nichts geschwächt, sondern dieselbe im Gegentheil gestärkt habe und daß das Ansehen dieses Staats nach Außen hin gewachsen sei. Das Bürgergefühl der Galizier, deren Anerkennung und Vertrauen hätten eine derartige Kräftigung erfahren, daß Kaiser Franz Josef nicht geschwankt habe, die Leitung der Politik des Staates in die Hände des Statthalters von Galizien zu legen und die Geschäfte des Ministeriums für das Aeußere einem zweiten Polen anzuvertrauen. Niemandem falle es ein, von diesen Männern zu verlangen, daß sie ihre Nationalität verleugnen sollten. Weil also die österreichische Regierung ein solches politisches Wunder vollbracht und gemäß dem Grundsatz Augustins den Polen auch in politischer Beziehung Gerechtigkeit widerfahren lasse, deren Rechte achte und deren politische Gefühle nicht verfolge, gewinne sie sich die Zufriedenheit und Zuneigung nicht nur einiger hervorragender Persönlichkeiten, sondern auch der gesamten galizisch-polnischen Bevölkerung.

Die Staatsraison — so fährt der Dziennik Poznański in seinen Betrachtungen über das obige Thema in seiner Nr. 233 vom 10. Oktober d. J. fort — mit der die Polenfeinde in Preußen die von der österreichischen verschiedene Behandlung der polnischen Frage zu rechtfertigen suchten, sei eine bequeme Methode, mit der man jedes Unrecht entschuldigen, und welcher man jeden Augenblick eine beliebige Deutung geben könne. Wenn mit einem Staatswesen durch geschichtliche Thatsachen Völkerschaften vereinigt würden, die abweichenden Stammes seien und abweichende nationale Merkmale in Bezug auf historische Entwicklung, Sprache und Sitte besäßen,

so stehe selbst den Höchsten auf Erden nicht das Recht zu, einer solchen Völkerschaft das zu rauben, was deren geistiges Eigenthum sei, und zwar sei ein Raub hieran noch minder zulässig, als etwa ein solcher an Hab und Gut oder an dem religiösen Bekenntniß. Wie der Staat durch gesetzliche Vorschriften den Besitz des Einzelnen schütze, so habe er dieselbe Pflicht dem geistigen Eigenthum des Bürgers gegenüber; das sei einfach eine Forderung der Gerechtigkeit. In der Politik und Praxis früherer Zeiten habe darüber auch kein Zweifel obgewaltet, und daher sei es wohl ein speziell preussisch-deutscher Einfall, wenn man die Polen gewaltsam oder mittelst der verschiedensten Kniffe ihres geistigen Besitzes beraube. Die Rabulistik, die sich hinter dem Begriff „Staatsraison“ verstecke, reiche nicht hin, obige unantastbaren Grundsätze umzustossen, und in der polnischen Bevölkerung wohne das Gefühl für das ihr Zustehende ebenso tief inne, als die Reizbarkeit bei ihr widerfahrenem Unrecht. Zum Ueberdruß höre man versichern, daß Niemand der polnischen Nationalität und Sprache nachstelle, und daß der Staat nur seine Pflicht thue, wenn er der polnischen Bevölkerung die Staatsprache zugänglich mache. Selbst wenn man dies zugebe, so folge doch daraus nicht, daß darum das Polnische vom Gebiete der Erziehung und des Unterrichts verbannt und der private polnische Unterricht verhindert werden müsse, da doch die polnische Bevölkerung zwecks Unterhaltung der Schulen und Lehrer eben solche, wenn nicht höhere Lasten zu tragen habe, als Diejenigen, die nicht in derselben Weise beeinträchtigt würden. Das Umkehren der pädagogischen Grundsätze überzeuge weder die Polen noch Vorurtheilsfreie, selbst wenn Leute wie Schink in Schlesien, Schwarz in Znówrazlaw und andere Pseudopädagogen den Theorien das Wort redeten, deren sich die Regierung bediene. Ebenso glaube man doch wohl nicht, daß die Einrichtung der Ansiedelungs-Kommission und die Unterstützung des Vereins zur Förderung des Deutschthums die entsprechende Saat sei, um die Polen zu beruhigen und zufrieden zu stellen. Wer könne angesichts der ehrlichen Gerechtigkeit und Berücksichtigung, welche die in durchaus ähnlichen staatlichen Verhältnissen lebenden galizischen Polen genossen, den preussischen Polen es übel nehmen, wenn sie Vergleiche anstellten und die Ursachen zu erkunden suchten, welche unter gleichen Voraussetzungen so verschiedene Resultate ergäben? Wer könne sich darüber wundern, wenn die preussischen Polen bei diesen angestellten Vergleichen zu dem Schluß kämen, daß mit Bezug auf sie nicht der Grundsatz gelte „Gerechtigkeit ist der Staaten Grundlage“. Der Dziennik schließt mit folgenden Ausführungen: Uns kommt es nicht in den Sinn, anzunehmen, daß irgend einem Polen, der seine Nationalität nicht verleugnete, ein hohes Staatsamt angetragen werden sollte; als treffende Illustration für die Verschiedenheit in dem mit Bezug hierauf beobachteten Verhalten führen wir einen anscheinend geringfügigen, aber lehrreichen Fall an, der der Ernennung der leitenden österreichischen Minister zeitlich nahe liegt und die Ernennung der Eisenbahn-Rassenärzte in Wilba und St. Lazarus bei Posen betrifft. Sowohl in dem einen wie im anderen Orte hat man, trotzdem die bezüglichlichen Beamten und Arbeiter mit Rücksicht auf das Bedürfnis und die Bequemlichkeit forderten, daß der Arzt am Orte wohne, andere, in Posen wohnhafte Aerzte ernannt. Wahr ist, daß die ortsangesehnen Aerzte — Polen, jene in Posen wohnenden — Deutsche sind.

Aus Nr. 231 des Goniec Wielkopolski
vom 8. Oktober 1895:

H. K. L.-Verein.

Aus Zerkow.

Der Pflicht eines Polen eingedenk, will ich, wenn auch nur in wenigen Worten, die hiesigen traurigen Verhältnisse schildern! Vielleicht wird die Aufdeckung des Nebels den beabsichtigten Zweck erreichen und die schlummernden Lebensgeister unserer Gesellschaft wecken! Wenn wir nicht schliefen, würden wir, die wir uns in bedeutender Mehrheit hier befinden, nicht zusehen müssen, wie einige hier ansässige Deutsche, von denen die meisten von polnischen Großken ihr Leben frieren, gegen uns feindlich auftreten und sich zu einer Ortsgruppe des berühmten Vereins deutscher Chauvinisten verbinden. Bekanntlich wurde hier unlängst ein Verein eifriger Verehrer unseres „Wohlthäters“ ins Leben gerufen; derselbe ist hauptsächlich durch Vermittelung Kennemanns-Klenka entstanden! In dem prächtigen Schloß, welches früher der polnische Adel bewohnte, in dem Sitz der Grafen von Mysielski, klingt heute die Sprache unserer uralten Gegner, welche uns den Untergang geschworen haben. Einwohner von Zerkow! Ich appellire an Euch, an Eure Ehre! Lasset Euch nicht verhöhnen und Euch nicht zu nahe treten von Denen, die der Zahl nach so viel schwächer sind und doch die Dreistigkeit haben, uns gering zu schätzen.

Die Hauptursache der für uns so traurigen Verhältnisse ist der Mangel an Einigkeit unter uns Polen. Der beste Beweis dafür ist der, daß viele unter uns der Ansicht sind, es geschähe ihnen kein Abbruch, wenn sie unter den jetzigen Verhältnissen aus freien Stücken jenen Vereinen angehören, deren Mitglieder laut verkünden, daß sie dem H. K. L.-Verein angehören; ein weiterer Beweis ist die traurige Tatsache, daß sie wiederum aus freien Stücken sich an deutschen Festlichkeiten betheiligen, unnötiger Weise illuminiren oder in Reih und Glied mit unseren „Busenfreunden“ marschieren u. s. w. Es ist die höchste Zeit, daß Ihr zu der Ueberzeugung gelangt, daß Ihr, den Vereinen angehörend, unwürdig handelt und daß Ihr sofort aus denselben ausscheiden müßt.

Aus Nr. 232 des Wielkopolanin
vom 9. Oktober 1895:

Dem obengenannten Blatt sowie dem Dziennik Poznański, dem Kurier Poznański und der Posener Zeitung ist von dem Lehrer Wittchen-Alt-Kramzig folgende Berichtigung zugegangen:

Alt-Kramzig, den 5. Oktober 1895.

An
die Redaktion des Wielkopolanin
in Posen.

In der Nr. 246 des Wielkopolanin vom 29. September d. Js. findet sich unter Ueberschrift: „Aus Schule und Politif II“ ein Artikel über die letzte Sitzung des H. K. L.-Vereins, der mehrere offenbare Unrichtigkeiten enthält, die dringend einer Berichtigung bedürfen.

1) Es ist eine vorsätzliche Verdrehung der Wahrheit, wenn der Berichtstatter des Wielkopolanin schreibt, ich hätte in jener Versammlung folgenden Vortrag gehalten: „Wie verhält sich der Polonismus und Katholizismus dem Deutschthum gegenüber?“ Vom Katholizismus war nicht die Rede, und das Thema meines Vortrags hat ganz anders gelautet.

2) Es ist unwahr, daß der evangelische Pastor mir gedankt hat.

3) Es ist unwahr, daß in unseren Versammlungen Polen und Katholikenhege getrieben wird.

4) Es ist eine schimpfliche Lüge, daß ich Polonismus und Katholizismus für die größten Feinde des Deutschthums ansehe. (Als Katholik bin ich geboren und als Katholik will ich leben und sterben.)

5) Der Berichtstatter sagt, „in der Gemeinde herrsche große Entrüstung darüber“. Nicht im mindesten, wohl aber aus Anlaß jenes Artikels des Wielkopolanin.

6) Es ist eine Lüge, wenn der Berichtstatter bemerkt, ich hätte im Winter in der protestantischen Kirche Orgelspielen gelernt. (Seit ich das Seminar verlassen, habe ich noch in keiner Kirche Orgel gespielt und in der Kirche zu Kramzig bin ich noch nicht gewesen.)

Ich kann es nicht glauben, daß der geehrte Berichtstatter, den ich sehr gut kenne, sich selbst diese Lügen erdacht habe; er hätte jedoch die verlogenen Zuträger zur Thür hinauswerfen müssen.

Wittchen, Lehrer.

Auf Grund des § 11 des Pressgesetzes verlange ich die Aufnahme dieser meiner Erklärung und Berichtigung in eine der nächsten Nummern des Wielkopolanin und, daß dies geschehen ist, mir durch Zusendung der betreffenden Nummer innerhalb acht Tagen anzuzeigen.

Wittchen, Lehrer.

Der Kurier Poznański, der jene Korrespondenz aus Alt-Kramzig vergl. Nr. 40 des Gesamtüberblicks über die polnische Tagesliteratur Seite 416, Red.) zuerst gebracht hatte, nimmt von obiger Berichtigung des Lehrers Wittchen nur die 1—4 und 6 auf und schließt daran in

Nr. 232 vom 9. Oktober

folgende Bemerkung:

„Gegenüber obiger Berichtigung ist es uns unmöglich, unsere Verwunderung darüber zu verbergen, wie ein katholischer Lehrer, der inmitten friedlicher polnischer Bevölkerung wohnt, sich als Thema zu einem Referat für einen antipolnischen Verein einen Gegenstand wählen konnte, wie „das Verhältniß der Polen gegenüber den Deutschen?“ Was hat überhaupt Herr Wittchen als Lehrer in einem derartigen Vereine, wie der H. K. L.-Verein ist, zu schaffen?“

Aus der Nr. 4 der Berichtigung geht nicht hervor, ob Herr Wittchen nicht die Polen als die verbissensten Feinde der Deutschen hingestellt hat; im Gegentheil, die Unterstreichung des Ausdrucks „Katholizismus“ scheint anzudeuten, daß er den Polen den gedachten Vorwurf gemacht habe. War dies der Fall, so verdient ein solches Benehmen eine sehr energische Rüge von seiten der maßgebenden Behörde.“

Aus Nr. 222 des Dziennik Poznański
vom 27. September 1895:

Betrifft den Verein zur Förderung des Deutschthums.

Als Beweis des von der Bruderschaft H. K. L. geführten antipolnischen Boykotts hat uns heute ein ehrenhafter Deutscher zwei Originalkarten kleinen Formats mit nachstehender Aufschrift übersandt: „Empfehlungskarte an den hiesigen Vertrauensmann des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken.“ Diese Karten sind den „rechtgläubigen

Deutschen“, welche von der antipolnischen Hege leben und den Polen den Erwerb entziehen wollen, ertheilt worden. Der deutsche Mitbürger, welcher sie uns überliefert, erklärt, daß die Patrone der antipolnischen Hege sich in betreff seiner Person geirrt hätten, weil er die Maulwurfsarbeit der H. R. T.-isten entschieden verurtheile.

Hierauf ist seitens des Vereinsvorstandes folgende Antwort veröffentlicht worden:

Der Vorstand erwidert hierauf, daß weder durch die Vereinsleitung noch durch die Ortsgruppen derartige Empfehlungskarten ausgegeben worden sind, dagegen in 2 Fällen festgestellt wurde, daß polnische Kaufleute sich dieses Mittels bedienen, um sich Unterstützung suchender Deutscher auf billige Art zu entledigen.

Der Vorstand.

H. v. Tiedemann. v. Vinzer.

„Dem gegenüber erklären wir — bemerkt der Dzien. Pozn. in seiner folgenden Nummer — daß wir die Antwort der Hauptpatrone der Bruderschaft H. R. T. als eine unwürdige Insinuation ansehen. Wir sind überzeugt, daß auch nicht ein Pole eine so unwürdige Waffe anwenden wird, in der Sache selbst aber erklären wir kategorisch, daß wir die betreffenden Empfehlungskarten von einem deutschen Mitbürger erhalten haben, der die Maulwurfsarbeit der Bruderschaft H. R. T. verurtheilt.“

In Nr. 233 vom 10. d. Mts. sagt der Dzien. Poz. weiter: „Wenn diese Empfehlungskarten weder von dem Vorstande des Hauptvereins noch von denjenigen der Ortsgruppenvereine der H. R. T.-Bruderschaft ausgestellt worden sind und thatsächlich Fälschungen sind, so muß man doch die Urheber nach dem Grundsatz „is fecit, cui prodest“ in den Reihen derjenigen Deutschen suchen, welche die antipolnische Hege zu ihren persönlichen Zwecken ausnutzen wollen und deshalb sich mit der Firma der H. R. T.-Bruderschaft decken. Aus welchem Grunde sollten die Polen die Karten anfertigen? Es würde doch wohl der Besitz einer „Empfehlungskarte an den Vertrauensmann des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken“ eine merkwürdige Empfehlung für einen Polen sein!“

Aus Nr. 233 des Goniec Wielkopolski
vom 10. Oktober 1895:

Ein Gedenktag.

Zwei Wochen trennen uns nur noch von einem traurigen Jahrestage. Am 24. Oktober 1795 wurde der Theilungsvertrag mit Preußen unterschrieben, auf Grund dessen sein erster von 1772 sich um die Länder am Niemen, Bug und der Piliza vergrößerte. Dies dürfen wir nicht vergessen! Jeder Sohn des Vaterlandes, welcher an die künftige Wiedergeburt eines unabhängigen Polens glaubt, muß dieses Tages in geistiger Sammlung gedenken. Wir zweifeln denn auch nicht daran, daß die Bürger des Großherzogthums Posen ihre Pflicht der Vergangenheit und Zukunft der Nation gegenüber erfüllen, daß in jeder polnischen Familie die polnischen Mütter und Schwestern die polnischen Kinder über den Jahrestag der hundertjährigen Gefangenschaft belehren und alle Polen diesen Tag durch Darbringung einer nützlichen nationalen Opfergabe feiern werden. Die intelligenteren Polen mögen den Tag durch bürgerliche Thätigkeit zwecks Rettung der polnischen Gesellschaft vor der verderblichen Hochfluth und der wirtschaftlichen Verfolgung feiern. Wir fordern daher unsere Leser auf,

den 24. Oktober so zu begehen, wie es würdigen Polen geziemt. Die Gotteshäuser möge das treue Volk füllen und die nationale Sparbüchse möge sich mit dem Wittwengroschen bereichern. Wer die bedrängte Mutter liebt, der kann sie an diesem Tage nicht vergessen!

Aus Nr. 234 des Goniec Wielkopolski
vom 11. Oktober 1895:

Gerichtliches Urtheil.

In der Strafsache gegen den verantwortlichen Redakteur des Goniec Wielkopolski, Vincent Bolewski, stand am 9. d. Mts. Verhandlungstermin vor der hiesigen Strafkammer des königlichen Landgerichts an, in welchem derselbe wegen Beleidigung des Kreis-Schulinspektors Hasemann-Schmiegel zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. Indem das Blatt über den Verlauf der Gerichtsverhandlung Bericht erstattet, bemerkt es zum Schluß Folgendes: „Dieser Prozeß wird große Folgen nach sich ziehen. Unsere Landtagsfraktion kann einen reichhaltigen Stoff für die Schulangelegenheiten aus demselben sammeln, was dieselbe wohl auch thun wird, denn grellere Beweise wird sie aus einer Gerichtsverhandlung kaum erhalten. Wegen Mangel an Raum können wir heute nicht alle unsere Gedanken, die uns dieser berühmte Prozeß aufdrängt, hier niederschreiben. Wir werden nächstens auf denselben wieder zurückkommen.“

Aus Nr. 227 des Dziennik Poznański
vom 3. Oktober 1895:

Wo sind die Grenzen?

Das Berl. Tageblatt brachte vor Kurzem einen Artikel, in welchem der vor der Strafkammer in Erfurt geführte Prozeß gegen den sozialistischen Redakteur der Tribüne v. Hülle wegen Beleidigung durch die Presse besprochen wurde. Der erste Staatsanwalt am kgl. Landgericht in Erfurt, Lorenz, soll im Lauf seiner Rede zu dem Angeklagten gesagt haben: „Sie sind ein professionsmäßiger Verleumder und Ehrabschneider.“ Indem der Dziennik Poznański nach dem vorgenannten Blatte den bisherigen Verlauf des Prozesses schildert, bemerkt er zum Schluß seinerseits Folgendes: „Es ist nicht unsere Sache, dem gerichtlichen Erkenntniß vorzugreifen, und doch geht aus dem bisherigen Verlauf der der Form nach verwickelten Sache deutlich hervor, wie peinlich die Lage des Angeklagten in Strafsachen dem mächtigen Einflusse selbst der Person des Angeklagten gegenüber ist, welche doch von ihren Bürgerrechten bis dem zu Augenblick nichts einbüßt, in welchem ihr dieselben durch gerichtliches Urtheil geschmälert werden. Die öffentliche Ehrabschneidung, welche der sozialdemokratische Redakteur seitens der Staatsanwaltschaft erfahren hatte, läßt sich selbst in dem Falle schwer rechtfertigen, wenn derselbe thatsächlich wegen öffentlicher Beleidigung gerichtlich vorbestraft worden wäre. Es ist zweifellos, daß, wenn der Angeklagte oder sein Verteidiger selbst im Verlauf seiner eigenen Verteidigung dem Kläger gegenüber zu dergleichen beleidigenden Vorwürfen sich hätte hinreißen lassen, der Gerichtshof sofort von Amtswegen solche Uebertretung geahndet und für deren Bestrafung nach der Strenge der Gesetze gesorgt hätte. Welchen zeitraubenden, verwickelten und unsicheren Weg mußte aber nicht im vorliegenden

Fälle der Angeklagte öffentlich durchmachen, welche Formenschwierigkeiten und Ausflüchte hatte er nicht zu überwinden, um das ihm widerfahrene Unrecht vor Gericht verfolgen zu können? Und es ist noch ungewiß, welche Genugthuung er durch seine Klage erreichen wird. Die weitgehende diskretionäre Gewalt der Staatsanwaltschaft den Gerichtshöfen gegenüber, deren Aufgabe es ist, gleiche Gerechtigkeit Jedem, ohne Ansehung seiner amtlichen Stellung, zu Theil werden zu lassen, einerseits und das politische oder nationale Bekenntniß leidenschaftlicher und aufgeregter Beamten andererseits führt sehr leicht zur gefährlichen Ueberschreitung der Grenzen, welche ihnen, wenn keine anderen Rücksichten, so doch das hohe, ernste und sittlich sehr verantwortliche Amt vorschreiben müßte.

Solche Vorkommnisse, wie die oben erwähnten, werden keinesfalls ohne Einfluß auf die breiteren Bevölkerungsschichten bleiben, und es ist sehr fraglich, ob der Eindruck, ganz gleich, ob das Schöffengericht sich gegen oder für den Staatsanwalt erklären wird, für die Hebung des Ansehens und des schneidigen Verhaltens des betreffenden Beamten und der Staatsanwaltschaft im Allgemeinen von Vortheil sein wird. Gerade jetzt, wo die Staatsanwaltschaft von Amtswegen einen scharfen Kampf gegen die Sozialdemokratie begonnen hat, kann ein Fall, wie der oben geschilderte, die sozialistische Agitation und Propaganda viel eher stärken als abschwächen."

Aus Nr. 234 des Dziennik Poznański
vom 11. Oktober 1895:

Ueber Bedrückung der Deutschkatholiken Posens

hatte vor einiger Zeit die „Deutsche Warte“ eine Korrespondenz von hier gebracht. Daraufhin bringt das genannte Blatt jetzt eine ihm von dem Vikar der Franziskanerkirche, Klinka, zugegangene Berichtigung. In derselben wird erklärt, daß die in jener Korrespondenz aufgestellte Behauptung, es werde für die Deutschkatholiken Posens nur alle 14 Tage in einer der 15 katholischen Kirchen Posens, eben in der Franziskanerkirche, Gottesdienst und Predigt in gebrochener Deutsch abgehalten, falsch sei; Thatsache sei, daß in der genannten Kirche seit über dreißig Jahren alle Sonn- und Feiertage je zwei Predigten von rein deutschen Geistlichen, gegenwärtig von dem Präbendar Späth und dem Einsender der Berichtigung, gehalten würden. Beide Geistlichen sprächen sehr schlecht polnisch. Außerdem werde in Posen in der Pfarrkirche 10mal, in der St. Martin- und der St. Adalbertkirche je 4 Mal, in der St. Rochuskirche 3 Mal jährlich deutsch gepredigt. Die Deutschkatholiken Posens hätten also mit Bezug auf die Predigten keinen Grund zur Beschwerde. — „So sieht es,“ meint hierzu der Dziennik, „um die Wahrhaftigkeit von Leuten aus, welche an auswärtige deutsche Blätter tendenziöse Lügen versenden, um einerseits die öffentliche Meinung Deutschlands gegen uns aufzubringen, andererseits aber zwischen der mit einander in Eintracht lebenden polnisch- und deutschkatholischen Bevölkerung Zwietracht zu säen. Noch haben wir in dieser Beziehung in frischer Erinnerung, wie der Abgeordnete v. Tiedemann im Landtage gegen unseren Erzbischof und unsere kirchlichen Behörden aufgetreten ist und wie dieser Vater der G. R. T.-Brüderschaft für diese seine Wahrhaftigkeit so traurige Vorbeeren geerntet hat. Herrn v. Tiedemann ahmen in diesen anti-polnischen Großthaten anonyme Skribenten verschie-

dener Art nach, die dem G. R. T.-Berein zu Diensten stehen, und zwar thun sie dies mit demselben Glück, wie dies neuerdings der obige Fall bewiesen hat."

Aus Nr. 232 des Dziennik Poznański
vom 9. Oktober 1895:

Verdächtige Arbeit.

Aus der Stadt, den 7. Oktober.

Der hier vor einigen Jahren von protestantischen Frauen ins Leben gerufene Verein beschäftigt sich mit humanitären Angelegenheiten, hinter welchen jedoch andere Absichten verborgen sind. Derselbe erfüllt u. A. seine Zwecke dadurch, daß er Bewahranstalten für Kinder armer Eltern gründet und leitet. In die unter protestantischer Oberaufsicht und Leitung stehenden Kinderbewahranstalten werden auch Kinder katholischer Eltern aufgenommen oder vielmehr angelockt. Dieser Frauenverein bekundet seine Thätigkeit aber auch nach anderer Richtung hin. Er hat nämlich eine Handarbeitschule für die die Volksschule besuchenden Mädchen ins Leben gerufen, welche den Namen Flickschule führt. Dieselbe wurde im Jahre 1887, als der polnische Sprachunterricht in den Schulen beseitigt wurde, gegründet, und der Unterricht im Wäschnähen, Stopfen und Flickern wird dort von zwei Diakonissinnen und zwei protestantischen Privatlehrerinnen erteilt. Der Unterricht findet am Mittwoch und Sonnabend Nachmittags von 2 bis 4, mitunter bis 5 Uhr in der V. Stadtschule in der Allerheiligenstraße statt. Ein Bedürfnis zur Gründung dieser Schule lag nicht vor, da die Mädchen den Unterricht im Nähen, Stopfen und Flickern in den Volksschulen in den Handarbeitsstunden schulpflichtmäßig erhalten. Offenbar liegen auch hier andere Absichten vor, und diese werden durch die Thatsache offenbart, daß während dieses Unterrichts stundenlang deutsche Uebungen abgehalten werden. Durch Versprechungen von Weihnachtsgeschenken angelockt, besuchen diese Schule auch zahlreiche polnische Mädchen, darunter die Przybylska, Nowacka, Mierkiewicz, Kaczmarek, Tomaszewska, Rogalska und Sentkiewicz. Die unmittelbare Aufsicht über die Schule hat z. B. die Ehefrau eines hiesigen protestantischen Professors. Die Schulräumlichkeiten werden der Flickschule unentgeltlich zur Benutzung überlassen, während der Antrag, eine Klasse, in welcher die Kinder durch den Parochialgeistlichen zur Beichte vorbereitet werden sollten, gegen Bezahlung herzugeben, abgewiesen wurde. Als Entschuldigungsgrund wurde angeführt, der Pöbel würde die Klassen, in welchen die Kinder den Konfirmandenunterricht erhielten, nicht rechtzeitig reinmachen können. Dieses Hindernis kannte man jedoch nicht, als es sich um Ueberweisung von Klassenzimmern zu anderen Zwecken handelte.

Jeder begreift es, daß jene Bewahranstalten und Handarbeitschulen Kundgebungen der Wirksamkeit der protestantischen inneren Mission sind, welche ihren Einfluß auch auf katholische Kinder ausdehnt.

Aus Nr. 229 des Dziennik Poznański
vom 5. Oktober 1895:

Schulkongreß in Potsdam.

Die „Germania“ erhebt im Namen der zehn Millionen Katholiken in Preußen Widerspruch gegen die Entsendung eines amtlichen Vertreters seitens

des Kultusministeriums in der Person des Regierungsraths Dr. Boecker zu dem in Potsdam gegenwärtig stattfindenden evangelischen Schulkongreß und bezeichnet das mit Recht als Störung des konfessionellen Gleichberechtigungsgrundgesetzes.

Dasselbe fand vor Kurzem in Posen statt, wo die höchsten Staatsbeamten am Kongreß der evangelischen inneren Mission amtlich sich theilnahmen, obgleich unser Landestheil zu zwei Dritteln katholisch ist.

Aus Nr. 231 des Dziennik Poznański
vom 8. Oktober 1895:

Betrifft die Provinzial-Lehrerversammlung in Schneidemühl.

Breschen, den 6. Oktober.

In der in voriger Woche in Schneidemühl stattgefundenen Provinzialversammlung konfessionsloser oder vielmehr protestantischer Lehrervereine sind die Zwecke dieses Verbandes und dessen Stellung den katholischen Lehrervereinen gegenüber recht grell zum Vorschein gekommen. Beigetragen hat hierzu der Antrag des hiesigen Lehrers Lausch, nach welchem man mit dem Vorstände des katholischen Lehrerverbandes in Unterhandlungen treten sollte, um die Mittel und Wege zu einer Verständigung und zu einträchtigem Handeln gemeinschaftlich zu berathen. Der Verfasser des Artikels bemerkt, daß bei der Haltung, welche die Delegirten diesem Antrage gegenüber angenommen hätten, die katholischen Lehrer doch zu der Ueberzeugung gekommen sein müßten, daß ihre Zugehörigkeit zu einem konfessionslosen Vereine sie in einem falschen Lichte erscheinen lassen würde. Der Artikel wendet sich dann zu dem Vortrage des Rektors Schwarz-Znowrazlaw: „Ueber den Anfangsunterricht in einer von polnischen Kindern besuchten Schule“ und bemerkt zu demselben Folgendes: „Die Aufnahme dieses Vortrages in die Tagesordnung einer Versammlung von Lehrern, welche mit geringen Ausnahmen nur an evangelisch-deutschen Schulen angestellt seien, also mit der Erziehung und Bildung der polnischen Kinder nichts zu thun hätten, sei geradezu als eine Anmaßung anzusehen. Durch Annahme der von Herrn Schwarz gestellten, alle ehrlichen pädagogischen Grundsätze verlegenden Beschlüsse habe der protestantische Lehrerverband seine Devise und sein Lösungswort enthüllt und dieses laute: „Die Regierung zu energischerer Verdeutschung der Polen mit Hilfe der Schule zu drängen.“

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 119 der Gazeta Grudziądzka
vom 8. Oktober 1895:

Ein polnisch-katholischer Volksverein

ist für Neustadt (Wpr.) am 6. d. Mts. gegründet worden. Vorsitzender desselben ist Marwicz-Pacostowo. Der Verein zählt 60 Mitglieder.

Aus Nr. 118 der Gazeta Grudziądzka
vom 5. Oktober 1895:

Die Fürstin Oginska,

die in Westpreußen große Güter besitzt, war im Graudenzener Geselligen die Absicht zugesprochen worden, sie wolle sich aller ihrer deutschen Pächter entledigen und die Güter nur an Polen verpachten. Diese Nachricht, schreibt man der Gazeta Grudziądzka aus Jablonowo, Kreis Strasburg, habe wahrscheinlich dem Umstande ihren Ursprung zu verdanken, daß die Fürstin Oginska dem Pächter von Jablonowo, Dirlam, einem Deutschen, der ihr seit Langem unbequem gewesen sei, die Generalvollmacht über ihre Güter abgenommen und dieselbe einem ihrer polnischen Verwandten, dem Grafen Colonna-Walewski, übertragen habe. Herr Dirlam bleibe auf seiner Pachtung mindestens bis zum Ablauf seines Kontrakts. Die von dem betreffenden deutschen Blatt gebrachte Mittheilung sei mithin un wahr, wie so manche andere Meldungen, die mit Vorbedacht in die Welt gesetzt würden, um die deutsche Bevölkerung gegen die Polen aufzuheizen.

Aus Nr. 119 der Gazeta Grudziądzka
vom 8. Oktober 1895:

Aus Berlin

meldet uns eine achtungswerthe und zweifellos gut unterrichtete Person, daß Herr v. Koscielski seiner Zeit in der That auf die Karbowoer Güter (Kreis Strasburg) reflektirt habe und daß in dieser Angelegenheit zwischen Herrn v. K. und den Erben des verstorbenen Besitzers von Karbowo Verhandlungen stattfanden. Letztere hätten sich jedoch zer schlagen, da die Erben einen zu hohen Kaufpreis forderten. Ebenso fanden Verhandlungen zwischen Herrn v. Koscielski und der Fürstin Oginska statt; doch konnte sich die Fürstin zunächst nicht für den Verkauf der Jablonowoer Güter entscheiden, da sie sich vor Allem mit den Verwandten des verstorbenen Fürsten ins Einvernehmen setzen wollte.

Aus Nr. 232 der Gazeta Toruńska
vom 6. Oktober 1895:

Aus Stargard, 3. Oktober.

.... Traurig, überaus traurig sieht es in den Schulen mit polnischen Kindern aus. Dafür, daß Sie für unsere Kinder eingetreten sind, droht Ihrem Blatte ein Prozeß in der Rekursinstanz, den Ihr Berichterstatter für längst erledigt hielt. Gestern hatte ich bei dem gemeinsamen Mahl Gelegenheit, aus sicherer Quelle Nachrichten über die Schule in Spengaußen und darüber, wie es sich dort mit dem Religionsunterricht verhält, einzuziehen. So lehrt der Herr Lehrer Behrendt, der im Termin in Thorn erklärt hat, er könne nicht polnisch, da er, wie er selbst sagte, während seiner ganzen in Tuchel verbrachten Seminarzeit nur elf Stunden polnischen Unterricht gehabt habe, dennoch wie früher, entgegen ausdrücklichen Schulvorschriften, auf deutsch die Religion, sogar bei Kindern der untersten Stufe, die garnicht deutsch können. Diese Art Religion zu lehren war bis Ende 1893 in allen Schulen der Parochie Koschschken allgemein. Erst mit Beginn des Jahres 1894 begann man auf die von dem Ortspfarrer bei der Regierung zu Danzig erhobene Beschwerde hin beim

Religionsunterricht auf der untersten Stufe die Muttersprache der Kinder anzuwenden mit Ausnahme von Krangen, wohin aus unserer Stadt der katholische Lehrer Herr Splett, ein Stoddeutscher, zum Unterricht geht.

Zu dieser einzigen Ausnahme kam mit Beginn des laufenden Jahres, wo der genannte katholische Lehrer an der protestantischen Schule zu Spengawken angestellt wurde, eine zweite. Wiederum beklagt sich der gequälte Pfarrer in Danzig, jedoch mit ungleichem Erfolge.

Nach Krangen geht gegenwärtig aus Stargard an Stelle des Herrn Splett der hiesige Lehrer Herr Zalewski, welcher polnisch kann; in Spengawken dagegen blieb Herr Behrendt, wobei kurz hinzugefügt ward: „In der Schule zu Spengawken muß es jedoch bei der bestehenden Einrichtung sein Bewenden behalten“, obgleich es hier wie dort polnische Kinder giebt und die Vernünftigen „stodpolnisch“ sind. Ein Kommentar ist überflüssig und einen solchen Religionsunterricht beim rechten Namen zu nennen, gefährlich, wie Sie aus eigener Erfahrung wissen. Soviel sage ich nur, daß nach den Worten des Herrn Behrendt der Verwalter des Majorats Spengawken als katholischen Lehrer „einen vollständigen Deutschen“ zu haben wünscht; er hat ihn also. Derselbe Herr fuhr einst seiner Zeit gleich nach dem Tode des Pfarrers Loncki nach Pölplin und bat, daß man ihm nach Kokojschen einen Mann sende, „mit dem man leben könne“, was gewiß sagen will, „einen vollständigen Deutschen“, der auch in der Kirche das Germanisiren betriebe.

Aus Nr. 234 der Gazeta Toruńska
vom 9. Oktober 1895:

Thorn.

In der vorgestrigen Monatsitzung des Turnvereins „Sokol“ erstattete der Vorsitzende, Genosse Brejsti, Bericht über die in Posen stattgefundene Zusammenkunft von Delegirten der Sokolvereine. Aus diesem Bericht entnehmen wir u. A., daß der Verband der „Sokols“ in Großpolen seine Satzungen insofern geändert hat, als über die Aufnahme neuer Vereine in den Verband in Zukunft der Vorstand des letzteren, nicht mehr die Delegirtenversammlung entscheiden soll. Der Name des Verbandes wurde ebenfalls geändert. Er soll von jetzt an „Verband der polnischen Sokols im Deutschen Reiche“ heißen, und zwar darum, weil ihm auch westpreussische Vereine beigegeben sind. Diese letzteren und einige großpolnische tragen blaue Turnerblusen, und zwar deshalb, weil Viele die rothe Farbe der Verbandsblusen für zu grell und beleidigend ansehen. Die Delegirtenversammlung drückte den Wunsch aus, daß auch die westpreussischen Sokols die rothfarbigen Blusen annehmen, doch stellte sie dies, dem Wunsch der westpreussischen Delegirten nachgebend, nicht zur Bedingung für die Zugehörigkeit zum Verbande. Ferner beschloß die Delegirtenversammlung, alle Vereine zur Theilnahme an dem polnischen, allgemeinen Sokolkongreß anzuregen, der im künftigen Jahre in Krakau stattfinden soll. Die Bitte des Krakauer Komitees, im künftigen Jahre keine Verbandsversammlung in Posen abzuhalten, verwarf die Mehrzahl der Delegirten trotz der starken Opposition und entgegen der Ansicht des Verbandsvorstandes.

Nach Eröffnung der Diskussion über obigen Bericht drückten einige Redner ihr Bedauern darüber aus, daß die Posener Versammlung dem Krakauer Kongreß in die Quere kommen soll. Da die Mittel

des Vereins es nicht gestatten, in einem Jahre zu zwei Versammlungen Delegirte zu entsenden, darum beschloß die Versammlung, nur den Delegirten zum Krakauer Kongreß die Kosten zurückzuerstatten, dagegen bezüglich der Posener Versammlung es jedem der Mitglieder anheimzustellen, auf eigene Kosten daran theilzunehmen. Was die Blusen betrifft, so wurde der einmüthige Beschluß gefaßt, die blauen Blusen auch fernerhin beizubehalten, als die unseren Verhältnissen mehr entsprechenden wie die rothen, die von Uneingeweihten für revolutionäre Sinnbilder angesehen werden könnten.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen gab man dem Vorsitzenden auf, die Delegirten der benachbarten Vereine zur Berathung über die Angelegenheit des Weichselgaus, dem die westpreussischen Vereine, sowie die von Krone und Bromberg angehören, einzuladen. Die Berathung soll am 3. November d. Js. stattfinden, auf welchen Tag das Vergnügen unseres Sokol, verbunden mit Theateraufführung, festgesetzt worden ist.

Aus Nr. 120 der Gazeta Grudziadzka
vom 10. Oktober 1895:

Der Prozeß

gegen den Redakteur unseres Blattes, Herrn Rulersti, hat heut vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts stattgefunden. Trotz der tüchtigen Verttheidigung seitens unseres Rechtsanwalts Herrn Dr. Łazewski erblickte das Gericht eine Beleidigung des Oberpräsidenten von Westpreußen, Herrn v. Götler, sowie des Amtsvorstehers von Warlub, Herrn Strech, in einem Artikel der Nr. 67 der Gazeta Grudziadzka, welcher die bekannte Angelegenheit der polnischen Zensur bespricht, die gelegentlich der Visitationsreise des hochwürdigen Bischofs Redner in Warlub angebracht worden waren.

Unser Redakteur wurde zu drei Monaten Gefängniß und zur Zahlung der Kosten verurtheilt; außerdem wurde den genannten Personen das Recht zugesprochen, das gerichtliche Erkenntniß in der Gazeta Grudziadzka sowie im Geselligen zu veröffentlichen.

Der Staatsanwalt hatte neun Monate Gefängniß und sofortige Verhaftung des Redakteurs beantragt.

Eine schwere Strafe, Landsleute, doch wollen wir sie für unsere polnische Sache geduldig auf uns nehmen. Ihr aber verlaßt uns nicht in dieser Heimsuchung, sondern unterstützt und verbreitet unser Blatt durch möglichst zahlreiches Abonnement.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 116 des Katolik
vom 1. Oktober 1895:

Betrifft die Wählerversammlung in Sohrau.

Die deutsch-katholischen Blätter stellen die Sohrauer Versammlung so dar, als ob fürchterliche Dinge dort vorgekommen wären. Der Katolik stellt nicht in Abrede, daß die Versammlung einen stürmischen Verlauf gehabt hat, doch muß zugegeben werden, daß die Versammelten von verschiedenen Seiten in ungewöhnlicher Weise gereizt wurden. So z. B. reizte sie zunächst ein Herr Netter; als sie nämlich eine polnische

Rede verlangten, fuhr er dieselben so an, als wenn sie seine Knechte und nicht freie Wähler wären. Er drohte auch mit der Polizei. Ferner reizte die Wähler der Herr Pfarrer Grund, indem er in unerhörter Weise ihnen ins Gesicht schleuderte, daß sie revolutionär gesinnt seien. Auch der Pfarrer Dr. Kremski reizte sie, indem er ihre Verhandlungen als wilde bezeichnete, die polnischen Blätter kritisierte und behauptete, sie empföhlen dem Volke, sich mit allen Kräften, also auch mit der Faust gegen die Verdeutschung zu vertheidigen. Diese Behauptung ist ungerecht. Schließlich mußte die Versammlung nicht auch das reizen, daß sogar dort, wo die polnischen Wähler in ungeheurer Mehrheit sich befanden, die Versammlung in deutscher Sprache eröffnet wurde, daß der Vorsitzende der Versammlung die handvoll deutscher Versammler fragte, ob sie sich damit einverstanden erklärten, daß zunächst polnisch gesprochen werden solle? Wir möchten wohl sehen, was geschehen würde, wenn in irgend einer Versammlung so viel Deutsche wären, als Polen in Sohrau waren; ob man da die Polen fragen würde, ob sie auch erlaubten, daß zunächst deutsch gesprochen werden solle? Wahrscheinlich würde Niemand daran denken, und wenn der Vorsitzende dies thäte, würden die Deutschen einen noch viel größeren Lärm schlagen. Weshalb versuchte denn Niemand, am Wahltage selbst deutsch zu den Wahlmännern zu sprechen? Weil man da wußte, daß die polnischen Wahlmänner einzig und allein die Sache entscheiden werden.

Die deutschen Blätter und einige Komiteemitglieder hatten eine Absicht dabei, daß sie der Sohrauer Versammlung jegliches Ansehen absprachen, denn hätten sie es nicht gethan, hätte ihr Kandidat p. Latacz durchfallen müssen. Dies war für sie die einzige Rettung, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß sie einen Kandidaten entgegen dem Willen und Wunsche des Volkes empfehlen. Wenn die Mehrheit der Sohrauer Versammlung für p. Latacz sich erklärt hätte, wäre Alles in Ordnung gewesen und wenn die Versammlung einen noch stürmischeren Verlauf gehabt hätte.

Einige weisen darauf hin, daß der Vorsitzende die Versammlung des Lärmes wegen habe auflösen müssen. Unserer Ansicht nach war nicht der Vorsitzende, sondern der Herr Pfarrer Dr. Kremski schuld an der Auflösung, welche deshalb erfolgte, weil es sich herausstellte, daß sich unter keinen Umständen eine Stimmenmehrheit für p. Latacz ergeben werde. Um zu vermeiden, daß die Kandidatur des p. Latacz falle, löste man die Versammlung auf. Dieses ist unsere Meinung.

Wir wiederholen es, daß der einzige unparteiische Bericht über die Sohrauer Versammlung von dem „Katolik“ gebracht worden ist; alle anderen, von den deutschen Blättern gebrachten Berichte waren partiisch.

Das Lärmen und Toben billigen wir nicht, doch können wir es verstehen, wenn wir die Ursache der Unruhen wissen. Mögen die Deutschen sehen, wie manche Redakteure ihrer Zeitungen, gewiß gebildete Leute, in den Blättern die Sohrauer Versammlung schlecht machten und die polnischen Redakteure beschimpften. Das ist schlimmer, als die Tumulte in Sohrau. Die Redakteure und Berichterstatter deutscher Blätter, die so gemein schimpfen können, haben kein Recht, die Sohrauer Versammlung zu kritisiren, in welcher zwar Lärm war, aber doch keine Beschimpfungen vorkamen. Haben denn übrigens die Deutschen in Sohrau nicht gelärmt, als p. Tomas die Lehrer angriff? Sie lärmten ebenso, wie die Anderen. Ihnen also war es erlaubt, laut Widerspruch zu erheben, als es ihnen schien, daß der Redner sie beleidigte. Den polnischen Wählern aber soll es nicht gestattet sein, zu protestiren, wenn ihnen Jemand Revolutionen vorwirft. Man kann überhaupt sagen,

die Deutschen haben erst gezeigt, wie Skandal gemacht wird. Als man nämlich schließlich anfang polnisch zu reden, riefen einige Deutsche: „Deutsch reden! Wir sind hier im deutschen Lande.“ Die Polen, durch das Schreien der Deutschen gereizt, lärmten ebenfalls. Natürlich wissen die deutschen Blätter davon nichts, sie hörten nur, daß die Polen schrien.

Die Freunde und Gönner des „Katolik“ mögen sich das für die Folge merken, sich jedoch Mühe geben, in den Versammlungen sich ruhig zu verhalten, aber unerschütterlich das Ihrige thun.

Aus Nr. 117 des Katolik
vom 3. Oktober 1895:

Betrifft Wahlangelagenheiten.

Weshalb will der Pfarrer Wolczyt die Abgeordneten-Kandidatur nicht annehmen? Ein Wahlmann schreibt darüber Folgendes: „Am Wahltage in Sohrau ersuchte ich mit mehreren Anderen den Herrn Pfarrer Wolczyt um Annahme des Reichstagsmandats. Auf diese Weise würden wir den Unannehmlichkeiten, welche dadurch entstehen, daß uns der Baron v. Huene aufgedrungen wird, aus dem Wege gehen. Der Herr Pfarrer Wolczyt erklärte in Gegenwart Anderer, er werde das Mandat annehmen, falls der Herr Dekan Philippi sich damit einverstanden erklärt. Ich beuge mich also mit einer Deputation zu dem Letzteren und ersuche ihn im Namen der polnischen Wahlmänner, uns den Pfarrer Wolczyt zum Abgeordneten zu empfehlen, da wir ihn haben wollen. Darauf erwidert p. Philippi: „der Herr Pfarrer Wolczyt wird das Mandat nicht annehmen, er will nicht Abgeordneter sein“. Ich antwortete: „Ich habe sieben mit ihm gesprochen, und Herr Pfarrer Wolczyt hat erklärt, er werde das Mandat annehmen, falls der Herr Dekan sich damit einverstanden erklärt“. Darauf sagte p. Philippi: „das kann ich selbst nicht machen, übrigens wird Baron Huene mehr helfen“. Ich bemerkte: „Wir wollen aber nicht den p. Huene, sondern den p. Wolczyt haben!“ Der Herr Dekan Philippi verließ mich hierauf und wollte nichts mehr hören. Daraus geht hervor, daß p. Wolczyt das Mandat angenommen hätte, daß aber p. Philippi ihn nicht haben will, obwohl das Volk für ihn eintritt. Das Volk würde mit Vergnügen für einen Geistlichen stimmen, aber die Geistlichkeit giebt es nicht zu. Die deutschen Blätter und gewisse Leute posaunen nachher aus, daß die polnischen Blätter das Volk gegen die Geistlichkeit aufwiegeln. Etwas Verkehrteres hat es schon lange nicht gegeben; diejenigen, die für den Geistlichen sind, sollen gegen die Geistlichkeit sein; diejenigen aber, welche einen Geistlichen zum Abgeordneten nicht zulassen wollen, behaupten von sich, daß sie für die Geistlichkeit sind. Das bedeutet so viel, wie die Kasse im Sacke umdrehen und die Wahrheit auf den Kopf stellen.

Dem Katolik ist es wohl bekannt, daß 3 Tage vor der Erklärung des p. Wolczyt eine Konferenz der Geistlichkeit in Pleß stattgefunden hat, in welcher dafür gesorgt worden ist, daß p. Wolczyt seine Erklärung abgab. Wessen Wille soll nun bei den Wahlen geschehen? Derjenige des Volkes oder der des Herrn Dekans Philippi. Soll der gewählte Abgeordnete ein Abgeordneter p. Philippi's oder des Volkes sein?

Aus Nr. 119 der Nowiny Raciborskie
vom 3. Oktober 1895:

Politik auf der Kanzel.

Ratibor, den 9. Oktober 1895.

Die Kanzel wurde am Sonntag, gerade am Schluß des Vierteljahres, in einigen ober-schlesischen Pfarochien der Schauplatz politischer Agitation, anstatt der Ort zu sein, von welchem das fruchtbare Gotteswort fallen sollte. In Deutsch-Bieskar trat der bekannte Kaplan Abramski in unerhörter und des Ansehens eines Priesters unwürdiger Weise gegen die „Nowiny“, den „Katholik“ und die „Gazeta Dpolska“ auf. Es herrscht daher, wie wir es genau wissen, eine große Erbitterung in der Pfarochie. Auch uns hat man die Nachricht mit vielem Bedauern übermittelt und uns gleichzeitig versichert, daß das Volk die polnischen Blätter nicht aufgeben werde, denn es wisse, daß dieselben nicht Schlimmes wollen, im Gegentheil nur das Recht des Volkes anstreben und durchaus nicht gegen die Geistlichkeit auftreten. Es ist nur zu bedauern, daß es Leute giebt, die sich nicht überzeugen können oder wollen, daß ein derartiges Auftreten in der Kirche das priesterliche Ansehen durchaus nicht hebt, sondern das Volk nur reizt. Mit Recht bemerkt daher die Gazeta Dpolska, der wir diesen Artikel entnehmen, daß nicht einmal die freimaurerisch-liberalen Blätter so schlecht wie die polnisch-katholischen behandelt werden. Wir haben aber trotzdem die Hoffnung, daß sich dies in Zukunft doch zum Bessern wenden werde.

Aus Nr. 41 der Praca (Beiblatt zum Katholik)
vom 8. Oktober 1895:

Beschwerden der Bergarbeiter.

Chorzow.

In den fiskalischen Gruben in Königshütte läuft seit einiger Zeit das Gerücht um, daß in der Tagarbeit eine Minderung eintreten solle, und zwar sollen anstatt neun zwölf Stunden gearbeitet werden. Veranlassung hierzu soll die große Nachfrage nach Kohlen gegeben haben. Sollte die Grubenverwaltung tatsächlich die Arbeitszeit verlängern, so würde sie dabei nicht viel gewinnen, denn bei zwölfstündiger Arbeitszeit gehen zwei Stunden auf Pausen ab, für die wirkliche Arbeit blieben daher nur zehn Stunden. Die Arbeiter aber würden, im Vergleich zu dem jetzigen Arbeitssystem, drei Stunden an persönlicher Freiheit einbüßen, sie würden der bisherigen bequemen Sonntagsheiligung verlustig gehen, sie würden sich nicht erholen können, sondern ihre Gesundheit schädigen. Ueberhaupt würden bei der zwölfstündigen Arbeitszeit noch andere Uebelstände für uns entstehen. Es ist jedoch die Aussicht vorhanden, daß die hiesige Grubenverwaltung nicht berechtigt ist, die Arbeitsdauer aus freien Stücken zu ändern, sondern daß hierzu die Erlaubnis des Ministers erforderlich ist. Angesichts der gegenwärtigen Arbeitslöhne mögen die Arbeiter mit den Vertrauensmännern an der Spitze lieber dafür sorgen, daß eine achtstündige Arbeitszeit eingeführt werde. Die Regierung würde nach wie vor aus den schlesischen Kohlenbergwerken ihren Kassen Millionen zuführen, die Arbeiter aber hätten mehr Brod.

Aus Nr. 232 des Ogródownik
vom 9. Oktober 1895:

Der Ogródownik meint, bei den Wahlkämpfen, die gegenwärtig in Oberschlesien toben, handle es sich weniger um die Person des Kandidaten, als vielmehr um das nationale Prinzip. Die polnische Volksbewegung solle erstickt und die dortige polnische Bevölkerung allmählich im Deutschtum ersäuft werden. Die Kandidatenfrage, um welche sich die Erörterungen der Blätter drehen, stelle nur den Boden für den Kampf der beiden Nationalitäten dar. Dieser Kampf werde so lange andauern, bis entweder die Widerstandskraft der Polen erschlafe oder aber die Volksbewegung in dem Grade erstärke, daß man deutscherseits wohl oder übel Freiheit in der Befriedigung der nationalen Bedürfnisse werde gewähren müssen. Die Volksbewegung schreite langsam, aber sicher vorwärts. Wie der Beuthener Katholik richtig hervorhebe, sei sich die polnische Bevölkerung Oberschlesiens ihrer Rechte und Pflichten als Wähler lange unbewußt geblieben; je mehr die Erkenntnis und die politische Bildung fortschreite, desto größer werde der Zwiespalt zwischen dem Volke und dessen einstigen Leitern. Die Vertreter der preussischen Behörden ständen heut an der vom preussischen System den Polen gegenüber in Betrieb gesetzten Maschine und bedienten dieselbe außerhalb ihres Dienstes. Direkt träten sie nicht gegen das polnische Element auf, wie einst zu Zeiten der spürenden Spezialkommissare à la Rex. Die Stelle der letzteren vertrete heut ein Theil der Geistlichkeit. Sie sollten fertig bringen, was einst den preussischen Beamten nicht gelungen sei. Die Sachlage sei heut eine üblere. Einst habe man einem offenen Feinde Auge in Auge gegenübergestanden, — heut sehe man den Geistlichen als Gegner, den das Volk noch bis vor Kurzem als den Freund seiner Nationalität, zum mindesten aber als neutralen Zuschauer ansah. Die Aufstellung des Rektors Łatacz als Wahlkandidat sei eines derjenigen Manöver der Priester gewesen, die das Volk heut scharf im Auge zu behalten habe. Dies Manöver dürfe das polnische Volk den Geistlichen nie vergessen. Letztere hätten da schon offener handeln können, indem sie geradezu irgend einen Kreischulinspektor als Kandidaten aufstellten. Derselbe würde den Sieg errungen haben wie Łatacz, und ein solcher Abgeordneter würde dann im Landtage darlegen können, daß es gleichgültig sei, in welcher Sprache Gottes Lob in der Kirche verkündet werde. Die Lehrer und die Geistlichen träten in Oberschlesien vereint gegen das Volk auf, und erstere seien um so bereiter hierzu, als ihnen die Aussichten lächelten, mehr Standesgenossen wie Łatacz in den Landtag gewählt zu sehen.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 118 des Wiarus Polski
vom 5. Oktober 1895:

Viel Lärm und nichts dahinter.

Wie wir vor einigen Wochen berichteten, erschien unverhofft ein Polizei-Kommissar in Begleitung eines Dolmetschers in der Buchhandlung des Wiarus Polski, um eine Revision der zum Verkauf bestimmten Bücher vorzunehmen. Der Dolmetscher spürte einige Stunden in den Büchern herum und nahm einige mit sich fort, deren Titel wir bereits angeführt haben. Wir sagten dem Kommissar sogleich, es sei lächerlich, Bücher mit fortzunehmen, die seit vielen

Jahren ungehindert verkauft würden und die sogar mit der Approbation der geistlichen Behörde versehen seien. In den beschlagnahmten Büchern hat man natürlich nichts Strafwürdiges gefunden und sie der Buchhandlung bereits zurückgegeben. Ob die Behörden durch das beständige Beunruhigen der Polen dem Staate einen guten Dienst erweisen, das bezweifeln wir sehr.

Aus Nr. 118 des Wiarus Polski
vom 5. Oktober 1895:

Wir erhalten folgende Mittheilung:

Dümpfen, bei Oberhausen, 1. Oktober 1895.
Geehrte Redaktion!

Der geehrten Redaktion theile ich heut Folgendes mit und bitte zugleich, es im Wiarus Polski zu veröffentlichen. Der hochw. Pater Andreas hat gesagt, der Wiarus Polski halte die Seite der Sozialisten und unterstütze sie. Ich glaube nicht, daß das wahr ist; es ist das vielmehr eine gegen unser Blatt geschleuderte Verleumdung.

Möge die geehrte Redaktion ihrerseits diese Erklärung im Wiarus Polski veröffentlichen. Ich stelle sie entschieden fest und bezeuge in dieser Angelegenheit, daß Pater Andreas es gesagt hat. Es kann also nicht so bleiben und muß an's Tageslicht kommen.

Joseph Szulc,
Vorfigender des Vereins vom hl. Ignaz in Oberhausen.

Angefihts obiger Mittheilung erklären wir: Der Wiarus Polski war, ist und bleibt stets ein durchaus katholisches und polnisches und damit antisozialistisches Blatt. Wer es ein sozialistisches nennt, macht sich einer strafwürdigen Verleumdung schuldig.

Den Hochwürdigen Pater Andreas bitten wir dringend, den unserem Blatte gemachten ungerechten Vorwurf öffentlich zu widerrufen. Geschieht dies binnen zehn Tagen nicht, dann werden wir uns gezwungen sehen, ihn zur Rechenschaft zu ziehen. Gleichzeitig werden wir in dieser Sache an die geistlichen Behörden schreiben.

Die Redaktion und der Verlag.

Aus Nr. 120 des Wiarus Polski
vom 10. Oktober 1895:

Eine polnische Versammlung

findet am Sonntag, den 13. Oktober von 5—7 Uhr Nachmittag im katholischen Gesellenhaus, Silberstr. zu Dortmund statt. Auf der Tagesordnung stehen die Wahlangelegenheit im Wahlkreise Dortmund und andere Angelegenheiten, welche die Polen in der Fremde betreffen. Ein genaues Programm wird erst im Saale veröffentlicht werden. Ansprachen werden in der Versammlung u. A. halten die hochw. Pfarrer Beißert aus Kotten und Wisniewski aus Kolniczek bei Jarotschin. Die Landsleute werden um zahlreiche Theilnahme gebeten, besonders die im Wahlkreise Dortmund wohnhaften. Die Versammlung beginnt pünktlich. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Der Verband der Polen in Deutschland.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 40 der Gazeta Robotnicza
vom 5. Oktober 1895:

v. Hammerstein.

In Deutschland wüthet noch immer der Streit zwischen den Liberalen und den Junkern um den Hofprediger und Antisemiten Stöcker und seinen Kollegen und Freund, den Spitzbuben und Betrüger v. Hammerstein. Die preußischen Junker wollen sich von dem verehrten lutherischen Prediger nicht los-sagen, welcher gegen den deutschen Abgott Bismarck zu intriguiren nicht anstand, wie dies aus dem vom „Vorwärts“ veröffentlichten Briefe hervorgeht. Die Junker fürchten zweifellos, daß, wenn sie den p. Stöcker von sich stießen, er durch Preisgeben verschiedener preußischer und protestantisch-junkerlicher Geheimnisse die Stützen des Thrones und des Altars gehörig kompromittiren würde.

Zur Charakteristik preußischer Gerechtigkeit möge folgende Thatsache dienen: von Hammerstein, ein preußischer Adelliger, Dieb und Betrüger, war verantwortlicher Redakteur eines Junkerblattes, der „Kreuz-Zeitung“, welche ihrer Zeit wegen Majestätsbeleidigung eingezogen wurde. Natürlich ist dem p. von Hammerstein deshalb auch nicht ein Haar auf dem Haupt gekrümmt worden. Die Blätter berichteten schon seit einigen Monaten über seine Betrügereien und Schurkenstreiche, doch erst als das Bögelein von Hammerstein nach fernen Ländern sich geflüchtet hatte, wünschte der Herr Staatsanwalt es in seinem Gefängnisthügel zu haben und erließ einen Steckbrief, der selbstverständlich den p. v. Hammerstein nicht erreichen wird.

Gleichzeitig verhaftete man in den letzten Wochen einige sozialistische Redakteure wegen Majestätsbeleidigung, weil dieselben fluchtverdächtig sein sollten, obwohl ein sozialistischer Redakteur noch niemals vor einem preußischen Gericht flüchtig geworden ist und sich durch Betrügereien besudelt hätte.

Eine solche Gleichheit herrscht in Deutschland.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 276 des Dziennik Polski
vom 5. Oktober 1895:

Der Sozialismus in Galizien.

Am 28. vor. Monat fand in Nowy Sacz IV. ein Kongreß der galizischen Sozialdemokratie statt. Aus allen Gegenden Galiziens fanden sich Delegirte ein und versammelten sich in dem großen Saale der Eisenbahnarbeiter-Vereinigung, welcher mit auf den Arbeiterstand bezüglichen Inschriften und Sinnbildern geschmückt war. Dieser Kongreß verdient insofern Erwähnung, als die den Versammelten vorgelegten Berichte Licht auf die Entwicklung der Sozialdemokratie in unserm Lande werfen und den Beweis erbringen, daß die Prahlereien der Ritter von der rothen Standarte über bedeutende Fortschritte des Sozialismus in Galizien zum mindesten übertrieben sind. Um nicht in den Verdacht irgendwelcher Parteilichkeit zu kommen, geben wir die interessantesten Einzelheiten vom Kongresse nach dem Bericht des Hauptorgans der Partei des „Nowy robotnik“ wieder.

Das Referat über die sozialistische Bewegung im östlichen Theile des Landes hatte Genosse Czerski übernommen. Der Redner hob hervor, daß die ostgalizische Agitation einen bedeutenden Schritt vor-

wärts gethan habe. Die politische Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts habe breite Arbeitermassen in Bewegung gesetzt; noch mehr habe dies die gewerbliche Bewegung, die sich in der Organisation fast aller Berufsweige (der Drucker, Bauarbeiter, Ziegler, Tischler, Bäcker u. s. w.) am meisten jedoch bei den Striken gezeigt habe, gethan. Arbeitsniederlegungen gelangten zur Durchführung: 1) der Ziegeleiarbeiter in Lemberg, 2) der Bauarbeiter in Przemyśl, 3) der Tischler in Kolomyja, 4) der Bauarbeiter in Winniki, 5) der Bauarbeiter in Stanislawowo, 6) der Gerber, 7) der Bäcker ebenda, 8) der Bürstenmacher in Kolomyja, 9) der Müller ebenda und 10) der Tischler in Czerniowice. Alle diese Stricke fielen mehr oder weniger siegreich für die Arbeiter aus. Die Parteipresse bietet folgendes Bild: der Nowy robotnik (dreimal monatlich), der Arbeiter (zweimal monatlich), die populär-wissenschaftliche Monatschrift Swiatlo, das humoristische Blatt Bocian und die Fachschrift für die Drucker Ognisko. Die Parteikasse weist folgende Zahlen auf: Gesamteinnahme in allen Parteifonds pro 1894: 1174 Gulden 61 Krz., Ausgabe 1253 Gld. 98 Krz., Defizit daher 79 Gld. 37 Krz. — Die Einnahme für das erste Halbjahr 1895 betrug 1072 Gld. 90 Krz., die Ausgabe 1047 Gld. 68 Krz., Ueberschuß demnach 25 Gld. 82 Krz. Daß die Bewegung Fortschritte macht, bezeugen die wachsenden Verfolgungen seitens der Gegner des Sozialismus. Verurtheilungen fanden statt, in Höhe von 30 Monaten, 2 Wochen und 4 Tagen im Laufe eines Jahres; außerdem brachten Genossen fast noch einmal so lange Zeit in Untersuchungshaft zu.

Ueber die Thätigkeit des westgalizischen Komitees berichtete Genosse Thaddäus Reger. Der Redner hob hervor, daß es 24 Bildungs- und Fachvereine gebe. Die wichtigsten Berufsweige wurden organisiert; doch haben sie es nicht verstanden den wahren Brennpunkt der Bewegung zu bilden. Diese Vereine

hielten insgesammt 76 öffentliche und 50 vertrauliche Sitzungen ab. Politische Versammlungen gab es 38, vertrauliche 50. Die Kasse bietet in runden Zahlen folgendes Bild:

	Einnahme.	Ausgabe.
I. Quartal 1895:	1228 Gldn.	1181 Gldn.
II. " "	1320 "	1351 "
III. " "	1192 "	1288 "

Abgebüßt wurden zusammen 54 Monate 20 Tage; davon Polizeihaft 4 Mon. 20 Tage, Untersuchungshaft 4 Monate 26 Tage. Beide Berichte wurden zur Kenntniß genommen.

Das zweite Referat unter dem Titel „Agitation und Presse“ hielt Genosse Daszynski-Krakau. „In unserm Kampfe müssen wir uns den thatsächlichen Verhältnissen anpassen. Man muß die Waffe modernisieren. Die Haltung gegenüber den Führern der sogenannten Volkspartei muß überaus kritisch sein; andererseits jedoch müssen wir der Bauernbewegung unser ganzes Wohlwollen entgegenbringen.“ Redner warnt vor der antiklerikalen Agitation, in welche die Bischöfe und Pfarrer die Sozialisten hineinziehen wollen. Sie sei gefährlich; man müsse gegen die Uebergriffe der Pfarrer auftreten, jedoch nicht gegen die Religion als solche.

Hierauf besprach der Referent noch die sozialistische Presse Galiziens und stellte einige Anträge; mit der hierüber sich entwickelnden, ausführlichen Diskussion schloß der erste Tag des Kongresses. Am Abend fand zu Ehren der Theilnehmer eine Festvorstellung statt. Es wurde Fulda's „verlorenes Paradies“ gegeben.

Schließlich haben wir noch eine sehr interessante Einzelheit zu verzeichnen. Gegen Schluß der Beratungen des ersten Tages fand sich im Kongreß der im Kreise Przemyśl neu gewählte Genosse Stefan Nowakowski ein, welchen der Vorsitzende Misiolek mit warmen Worten begrüßte.

